



# HESSISCHER LANDTAG

23. 06. 2015

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass die freie Entfaltung der Persönlichkeit und volle gesellschaftliche Teilhabe voraussetzen, dass jeder Mensch, ungeachtet seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität, gesellschaftliche Akzeptanz erfährt und das eigene Leben ohne Benachteiligungen und Diskriminierungen gestalten kann. Der Landtag stellt fest, dass Hessen inzwischen eine gute Tradition hat, für die Akzeptanz von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten zu werben. Der Landtag sieht sich in der Verantwortung, die freie Entfaltung der Persönlichkeit des oder der Einzelnen zu fördern und sich für ein offenes, diskriminierungsfreies und wertschätzendes Leben aller Menschen in Hessen einzusetzen. Der Landtag will Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität so weit wie möglich abbauen. Er tritt Intoleranz und Ausgrenzung entschlossen entgegen.
2. Der Landtag nimmt erfreut zur Kenntnis, dass auf Landesebene mit der Berufung eines Staatssekretärs und Bevollmächtigten für Integration und Antidiskriminierung in die Landesregierung, dem Beitritt Hessens zur "Koalition gegen Diskriminierung", der Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle des Landes Hessen und dem Beginn der Erarbeitung eines "Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt" zusammen mit den Selbstvertretungsorganisationen der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen vonseiten der Landesregierung seit Beginn dieser Legislaturperiode bereits zahlreiche Schritte in diese Richtung unternommen wurden.
3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass auf Bundesebene die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD hinsichtlich einer Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare unterschiedlicher Auffassung sind. Gleiches gilt für die Regierungsfractionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Auffassungen hat sich die Hessische Landesregierung im Bundesrat wie auch die Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt enthalten.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 23. Juni 2015

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Parlam. Geschäftsführer:  
**Bellino**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Die Parlam. Geschäftsführerin:  
**Dorn**